

Zu unserer inneren und äusseren Lage

Autor(en): **Bertheau, Th.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **3 (1923-1924)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-155037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zu unserer inneren und äußeren Lage.*)

Von
Th. Bertheau.

Betrachten wir die innere Politik eines Staates vom Standpunkte seiner auswärtigen Politik aus, also mit Hinsicht auf seine Beziehungen, seine Stellung, seine Einwirkung nach außen, so dürfte es wohl kaum zu bestreiten sein, daß die günstigsten Bedingungen vorhanden sind bei einem Einheitsstaate und zwar einem zentralistischen Einheitsstaate; weil im ganzen Lande die gleiche Organisation gilt, so sind theoretisch Friktionen ausgeschlossen, und der ganze Apparat des Staates ist in der Hand einer einzigen Körperschaft, des Ministeriums, der Regierung, des Hauptes der Regierung, dem Staatschef, er mag erblich sein und König oder Kaiser heißen oder nicht erblich sein und Präsident genannt werden. Diese Einrichtung ist nur denkbar in einem geschlossenen Nationalstaate, wo alles die nämliche Sprache spricht, von dem nämlichen Geiste erfüllt ist, wo die Tradition, d. h. die Mühe und die rastlose Arbeit in Schweiß und Blut einen einheitlichen Körper geformt und einen einheitlichen Geist gebildet haben, die sich adäquat sind, und solange sie adäquat sind. Diese Einrichtung des Einheitsstaates hat die Schweiz nicht; sie setzt sich zusammen aus den Völkerschaften der 22 Kantone, von denen jeder, im Bundesstaate, einen Staat bildet. Dies bedeutet eine komplizierte Organisation und für die oberste Regierung eine komplizierte Ausführung. Die Schweiz ist aber eben nicht ein rassenmäßiger Nationalstaat; die Ausgangspunkte ihres Denkens, ihre geistige Verfassung, die moralischen Anschauungen ihrer Bewohner sind wesentlich verschiedene. Unzweifelhaft fehlt es nicht an einem inneren Bande; es besteht wohl in der der Schweiz eigentümlichen Auffassung der Demokratie, in welcher Beziehung die deutsche Schweiz wesentlich der gebende und die französische Schweiz der empfangende Teil gewesen ist; Genf, das geistige Haupt der französischen Schweiz, weist in seiner ganzen eigentümlichen politischen Erscheinung bei weitem mehr nach dem Osten und Norden als nach dem Westen auch heute noch, obwohl der Punkt wiederum umstritten ist und diese Klippe drohende Wogen umbranden. Aber wie schwer es hält, diese in ihrer abgerundeten Form seit wenig mehr als 100 Jahren bestehende Gemeinschaft zusammenzuhalten, und eine gemeinsame und einheitliche auswärtige Politik zu verfolgen, zeigen die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts. Es ist diese Divergenz ein sehr schwacher Punkt, nicht durch unseren Willen, sondern weil die tatsächlichen Verhält-

*) Anmerkung der Schriftleitung: Wir geben im Folgenden die wesentlichen Teile des von Herrn Dr. Bertheau im März vor der Sektion Basel des „Volksbundes“ gehaltenen Vortrages wieder.

nisse es nun einmal mit sich bringen. Wir können den Mangel, die fehlende straffere Zusammenfassung, auch nicht beseitigen; unsere Politik ist nicht aggressiv; sie geht nicht davon aus, die Schweiz sei, wegen der Vortrefflichkeit ihrer Bürger, berufen, Europa oder die ganze Welt zu beherrschen, und hätte diesen Plan zu realisieren, wenn uns dazu die Macht nicht fehlte; vielmehr sind wir ein ausgesprochener Friedensstaat und unsere ganze staatliche Organisation, nicht bloß im Bunde, sondern auch in den Kantonen, beruht auf dem Gedanken, daß wir von den Anderen, also namentlich von unseren Nachbarn, nichts wollen, und im Gegenteil froh sind, wenn sie von uns nichts wollen, weil wir eine derartige Belastungsprobe nur schwer ertragen. Unsere sprachliche Zusammensetzung verunmöglicht den Einheitsstaat, die föderative Verfassung schwächt den Staat nach außen, die Schwächung führt zur Friedenspolitik und die Friedenspolitik ermöglicht die Zusammensetzung des Volkes aus sprachlich verschiedenen Teilen. Das ist ungefähr der Kreislauf unseres gegenwärtigen inneren politischen Lebens; in den ersten 200—250 Jahren unserer Geschichte war es anders.

Die sprachliche und rassenmäßige Differenz ist allerdings nicht die einzige, die die energischere politische Zusammenfassung verhindert hat; es ist gar kein Zweifel, daß die Spaltung des religiösen Glaubens zu weit auseinandergehenden Auffassungen führt, die politisch eine sehr große politische Schwächung bedeuten kann. Die Glaubensspaltung war eines der hauptsächlichsten Mittel, durch die es in früheren Zeiten Frankreich gelang, die Schweiz sich dienstbar zu machen. Diese Differenz ist aber zurzeit, wie es scheint, außenpolitisch überwunden, nicht im Bewußtsein einzelner, wohl aber im Bewußtsein des allgemeinen Volkes; es müßte, um sich geltend zu machen, künstlich angefacht werden, wozu gegenwärtig hüben und drüben keine Lust besteht.

Neben diesen uns schwächenden und einer einheitlichen Politik nach außen Abbruch tuenden Tatsachen ist nun aber ein weiteres Moment vorhanden, das unserer politischen Selbstbehauptung schweren Schaden bringt; an dieser Stelle hat das Ausland schon in früheren Jahrhunderten, freilich in anderer Form, eingesezt. Dieses Moment wird nicht gerne berührt. Es ist ein heißes Thema, und ich spreche darüber mit der gebotenen Vorsicht.

Dies betrifft unsere Wirtschaft und unsere Wirtschaftler. Die Schweiz ist überbevölkert in dem Sinne, daß auf ihrem Gebiete mehr Leute wohnen, als sie durch ihre eigenen Bodenprodukte ernähren kann. Also muß das Geld verdient werden, um diese überschüssige Bevölkerung zu erhalten. Wir sind aber auch eine Demokratie, das will u. a. auch heißen, daß das natürliche Bedürfnis des Menschen nach Differenzierung in einem sehr großen Umfange nur durch die Unterschiede im Besitz materieller Güter und die damit verbundenen Vorteile mannigfachster Art befriedigt wird. Und zudem: am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles! Wir betrachten uns als treffliche Kaufleute und Fabrikanten und Geldverdiener überhaupt, und wir sind es wohl auch. Aber wir müssen uns doch auch davor hüten, im Gelderwerb a u f zugehen, damit wir nicht dadurch u n t e r gehen; auch hier gibt es gewisse Grenzen, die nicht ohne Schaden für das Ganze überschritten werden dürfen. Ich kann mich nun aber nicht des Eindrucks erwehren, daß,

falls das Zulässige nicht überschritten worden sein sollte, wir uns mehreren Orts auf der Grenze bewegen. Ich verkenne keineswegs, daß es sich häufig nicht etwa bloß um die Interessen der einzelnen Industriellen und Kaufleute, von denen zunächst gesprochen werden soll, handelt, sondern daß ein ganzer Interessentenkomplex vorhanden ist, an dem die kaufmännischen und technischen Angestellten, die Arbeiterschaft und auch die übrige Bevölkerung der Lokalität ihren Anteil haben, und wo es für sie um die Existenz gehen kann. Ich bin mir auch darüber vollständig klar, daß es unter Umständen klug ist, dem Druck der Mächtigen nachzugeben, und daß die Verhältnisse sich so gestalten können, daß man nachgeben muß. Aber vieles, was heute auf dem Gebiete der Wirtschaft sich ereignet, ist unerfreulich oder muß geradezu mißbilligt werden. Ich rechne hieher die allzu große Bereitwilligkeit, mit der schon in den ersten Monaten, ja ersten Wochen des Krieges, den ausländischen Agenten die kommerziellen Listen und Kisten geöffnet wurden; ein einigermaßen sich geltendmachender Widerwille gegen diese Kontrolle wäre durchaus am Platze gewesen, und es kommen hier große Herren in Betracht, die sehr stolz sein können nach unten, und die sehr submissiv waren nach der Richtung der Agenten und der hinter ihnen stehenden Mächte, die für sie oben waren. Gerade diesem Umstand schreibe ich zum Teil die ungemessene Ausdehnung der S. S. S.-Organisation während des Krieges zu, und vor allem die Tatsache, daß die Kontrollen im Interesse Frankreichs zum Teil heute noch weitergeführt werden und seit den letzten Monaten an Ausdehnung zu gewinnen scheinen. Es kommen hier weiter in Betracht die, welche in Frankreich Interessen aller Art besitzen, Kundschaft oder Aussicht auf Kundschaft oder Niederlassungen irgend welcher Art. Glauben Sie, bei aller Anerkennung der Wichtigkeit der Wirtschaft und schuldigen Berücksichtigung dieses Momentes, es entspreche den allgemeinen Interessen des ganzen Landes, wenn einflußreiche Leute, Firmen und Verbände sich für die Erbauung der Wasserfestung vor den Toren Basels verwenden, weil sie hoffen, bei deren Bau beteiligt zu werden und ein schönes Stück Geld zu verdienen? Glauben Sie, es sei ein dringendes Erfordernis, daß gerade Schweizer die Sperrforts im Rhein planieren und ausführen? Und glauben Sie, die Hochachtung der Franzosen vor den Schweizern steige ins Ungemessene, wenn sie diese Verknüpfung politischer Interessen Frankreichs und privater schweizerischer Interessen sich bewerkstelligen sehen, wenn schon sie, die Franzosen, diese Verknüpfung begünstigen? Es geht uns wie anderen Leuten; man beurteilt uns nach unseren Handlungen und darnach traktiert man uns, und nicht nach dem Festgefingel. Ich möchte aber im weiteren auch noch darauf hinweisen, daß das Wirken im Verwaltungsrate ökonomischer Unternehmungen und selbst die Stimmabgabe in der Bundesversammlung bei gewissen politischen Akten stellenweise gar nicht davon unbeeinflusst sei, daß man in Frankreich engagiert ist. Es braucht sich nicht immer um den Firmeninhaber zu handeln; es kann auch ein Mitglied des Verwaltungsrates einer Aktiengesellschaft sein oder ein Angestellter irgendwelcher Kategorie. Wie die Menschen nun einmal sind, neigen sie dazu, da wo ein privates Interesse mitspielt, besonders wenn es verbunden ist mit wirtschaftlichen Interessen

von allgemeinerer Bedeutung, diese wirtschaftlichen Interessen zu überschätzen und sie für die wichtigeren zu halten. Es wäre sehr erwünscht, daß diesem Punkte allseits vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt und der Zusammenhang der Dinge nicht deshalb übersehen wird, weil man ihnen zu nahe steht. Die Bemerkung gilt übrigens auch der ausschließlich auf die Aufpeitschung der Erwerbsinstinkte gerichteten Wirtschaftspolitik des Bauernsekretärs Laur. Der Standpunkt, es komme bei jedem politischen Akt darauf an, ob die Bauern mehr oder weniger verdienten, ist unhaltbar und mit gesundem und sicherem Instinkt von den Bauern selbst in der Abstimmung über das Zonenabkommen vom 18. Februar 1923 als mit dem patriotischen Standpunkt nicht vereinbar verworfen worden.

Mit diesen wenigen Bemerkungen soll lediglich angedeutet sein, daß wir, wenn wir an die außenpolitische Aufgabe herantreten, dies nicht voraussetzungslos tun können; wir haben mit den gegebenen Grundlagen unseres Staatswesens, die uns zunächst als innerpolitisches Produkt erscheinen, obwohl sie durch die außenpolitische Lage stark beeinflusst sind, zu rechnen, wobei darauf verwiesen werden muß, daß zur Zeit der modernen Organisation unseres Staates, also zwischen 1840 und 1900, die Schweiz im Schutze ihrer absoluten Neutralität stand, also für einmal bei ihrer staatlichen Organisation sich nicht auf Krieg und verwickelte politische Situationen und diplomatische Unterhandlungen einrichtete. Sie hat es auch in der Folge nicht getan, was billig zu berücksichtigen ist, wenn wir die Leistungen unserer obersten politischen Behörden beurteilen.

* * *

Daß die gegenwärtige politische Lage der Schweiz günstiger sei als die vor dem Kriege, wird in der deutschen Schweiz von nicht allzu vielen behauptet werden; immerhin fehlt es auch bei uns nicht an derartigen Stimmen. In Tat und Wahrheit ist es um unsere politische Sicherheit geschehen; es ist nicht mehr das politische System Europas, das uns schützt; heute müssen wir uns selber schützen, und damit ist uns eine Aufgabe gestellt, die gerade groß genug für uns ist. Die Schweiz befindet sich in einer ganz besonders heiklen Lage; sie hat heute auf ihren Grenzen zwei mächtige Großstaaten und zwei machtlose Staatswesen, die beide zurzeit durchaus *à la merci* der beiden Großstaaten sind; solange dieser Umstand dauert, sind wir unzweifelhaft auf die Respektierung unserer Existenz und unserer Rechte durch die beiden Großstaaten angewiesen, und zwar absolut, weil wir einen Ausgang in das freie Meer nicht besitzen. Mit dieser Respektierung sieht es aber nicht allzu Vertrauen erweckend aus. Wir wollen es uns nicht verhehlen: Wir sind in unserem gegenwärtigen Bestande bedroht, und zwar auf mehr als nur einer Seite. Eine gewisse Entwicklung zielt auf die politische Ablösung des Tessins und der beiden dem Kanton Tessin angeschlossenen Graubündnertäler; sie datiert nicht aus den letzten sechs Jahren, sondern hat sich schon vor 60 Jahren angekündigt, ja schon vor 120 Jahren, als Italien in einem gewissen Umfange unter der Oberhoheit Frankreichs geeinigt war; diese Entwicklung hat, weil Italien im Kriege siegte und seine Wünsche gegenüber dem alten Habsburgischen

Reiche restlos durchsetzte, lediglich ein allerdings außerordentlich beschleunigteres Tempo eingeschlagen, und je nach den innenpolitischen Verhältnissen Italiens und der allgemeinen politischen Entwicklung in Europa wird es Italien in kürzerer oder längerer Zeit zu realisieren versuchen. In den Hintergrund aber träte es bloß dann, wenn sich die politische Lage Europas im Sinne einer Zurückdrängung der französischen und italienischen Machtstellung änderte, worauf einstweilen keine Zeichen hindeuten. Mag nun aber diese Entwicklung so oder anders enden, so sind wir doch in unserem innenpolitischen Verhalten bezüglich dieser gefährdeten Landesteile nicht mehr völlig frei; wir werden uns so einrichten müssen, daß Italien keinen Vorwand findet, sich als Schützer der angeblich bedrohten Italianità aufzuspielen und sich auch formell in unsere innern Angelegenheiten einzumischen, wie dies faktisch bereits geschieht eben dadurch, daß wir nicht mehr alleiniger Herr im ganzen Hause sind. Uebrigens hat Italien auch durch den Gotthardvertrag stets eine Karte im schweizerischen Spiel; Italien verzichtet auf diese Karte nicht; deshalb ist aber, weder in der deutschen noch in der französischen Schweiz, ein Entrüstungssturm losgebrochen, worauf aufmerksam zu machen gestattet ist.

Eine weitere nun sehr schwach gewordene Front ist der Jura. Während aber Italien seine Ansprüche offiziell nie angemeldet hat, ist Frankreich alsbald nach Beendigung des Krieges, und noch vor Friedensschluß an den Abbau des durch die Verträge von 1815 und 1816 zugunsten der Schweiz errichteten Schutzsystems gegangen. Daß durch diesen Abbau nicht die Besserung der Stellung der Schweiz beabsichtigt wurde, liegt auf der Hand und ist sicherlich auch in Bern und zwar vom Bundesrat wie von der Bundesversammlung erkannt worden; wenn unsere obersten Behörden diesem Abbau zustimmten, so haben sie es nur getan, weil sie glaubten, es bleibe ihnen nichts anderes übrig, und hieraus darf geschlossen werden, unter wie starkem Druck sie und ganz besonders das doch sehr kleine Kollegium des Bundesrates genommen wurde. Dieser Druck hat sich auch in anderer Beziehung geltend gemacht. Ich bin auch heute noch nicht davon überzeugt, daß bei klarer Ueberlegung, größerer Gewandtheit und Zähigkeit der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund in ihrem ganzen rechtlichen Bestande, also samt ihrer vollen völkerrechtlich anerkannten Neutralität, zu erreichen gewesen wäre und auf jeden Fall für die angebliche Fürsprache Frankreichs nicht hätte auf die Rechte auf die militärische Zone in Hochsavoyen verzichtet und bezüglich der Genfer Zonen der Verzicht nicht hätte in Aussicht gestellt werden müssen, daß überhaupt der politische Feldzugsplan Frankreichs, der dahin ging, die Schweiz Frankreich zu öffnen, beizeiten hätte erkannt und die Gegenwehr organisiert werden dürfen, was alles möglich gewesen wäre. Aber Sie erinnern sich, wie im Jahre 1919 und anfangs 1920 Frankreich sich geberdete, wie wenn es unsere Schutzmacht wäre und unsere Interessen bei dem *nasciturus* des Völkerbundes zu vertreten hätte. Auch das hat man willig über sich ergehen lassen. Die Erledigung des Abbaues an der Westgrenze hat sich nun allerdings in die Länge gezogen. Frankreich hat sich einstweilen damit begnügen müssen, den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund erreicht zu haben, was natürlich nichts anderes bedeutet

als eine grundsätzliche Preisgabe der absoluten Neutralität, die seit 1815 bestand und die unzweifelhaft gedacht war als ein Schutz der Schweiz gegenüber Frankreich; dagegen sind die Verzichte auf die Zonen nicht rechtsgültig geworden, der Verzicht auf die Genfer Zonen nicht wegen der Verwerfung des Abkommens durch die Schweiz, der Verzicht auf die militärischen Zonen nicht, weil hier das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Die gewaltig gestiegene Macht Frankreichs und die gewaltig verringerte Widerstandskraft der Schweiz zeigt sich übrigens noch in anderen Beziehungen; das Münzabkommen ist, rein sachlich und für sich allein betrachtet, wohl ungünstig und bloß unter Zuhilfenahme politischer Erwägungen zustande gekommen; unsere für die Benützung von Eisenbahnmateriale Frankreich gestellte Rechnung hat sich eine starke Reduktion gefallen lassen müssen, und unser Begehren um Erhebung der Entschädigung für die Kosten der Interniertenversorgung ist gänzlich abgelehnt worden; es wäre übrigens hier noch Mehreres aus dem Gebiete der wirtschaftlichen Beziehungen zu erwähnen. Wie weit aber die Ingerenz Frankreichs in innere Angelegenheiten der Schweiz reicht, ist schwer zu beurteilen; ich habe bereits auf das Fortbestehen oder die Wiederauferstehung der Handelskontrollen durch französische Agenten hingedeutet und füge hinzu, daß sich der Bundesrat oder die zuständigen Departementschefs bis anhin nicht bemüht haben, gegen dieses Treiben einzuschreiten und die Kaufleute, die es angeht, aufzufordern, sich nicht zu unterziehen, und die Agenten auszuweisen. Er hat auch nie gegen die Ordensdecorationen Stellung genommen, die sicherlich ein Mittel zur Korruption der Schweiz sind. Und was in Bern, aber auch anderwärts zwischen der Schweiz und Frankreich offiziell, offiziös und privat geflüstert und getuschelt und abgemacht wird, entzieht sich der Öffentlichkeit. Ich denke aber, daß jeder den Einfluß fühlt, den Frankreich zurzeit ausübt.

* * *

Dieses System wird nun gekrönt durch die unmittelbaren Einwirkungen unserer Völkerbundsgenossen Frankreich auf Deutschland und Italien auf Oesterreich. Bei den Unterhandlungen über den Versailler Frieden, an denen Deutschland bekanntlich nicht teilnahm, wurde von Frankreich die Abtrennung des ganzen linken Rheinufers von Basel bis zur holländischen Grenze verlangt. Da dies nicht durchgesetzt wurde, fand Clemenceau in der französischen Kammer herben Tadel. Er wies zu seiner Verteidigung darauf hin, daß durch die Einverleibung von Elsaß und Lothringen, die Uebernahme der Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund und die Besetzung des Rheinlandes auf 15 Jahre eine entwicklungsfähige Situation geschaffen werde, womit er sagen wollte, was Frankreich durch den Vertrag nicht erlangt habe, könne es vielleicht im Laufe der Zeit erlangen, da ihm doch ermöglicht worden sei, in den Ländern links des Rheines und selbst in den sog. Brückenköpfen rechts des Rheines so gründlich Fuß zu fassen. In der Tat geht heute Frankreich an die Ausnützung und Erweiterung der durch den Vertrag geschaffenen Lage. Hier setzt nun das Interesse ein, das wir an den neuesten Vor-

gängen in Deutschland haben, und dieses Interesse muß nun auch erörtert werden. Die offizielle französische Grenze geht vom Wallis bis Basel und zwar Klein-Basel, da der Rheinstrom französisch ist, die italienische Grenze erstreckt sich heute anschließend an die schweizerisch-französische Grenze bis zur Reichen Scheideck oberhalb Martinsbruck; was dies für die Schweiz bedeutet, wenn Frankreich und Italien zusammengehen, was es bedeutet bei der Schwäche Deutschlands und Oesterreichs, darüber brauche ich nicht viele Worte zu verlieren. Nun setzt Frankreich seinen militärischen Vormarsch fort; das ganze rechte Ufer des Unterrheins samt dem Ruhrgebiet ist bereits besetzt und der Mittelrhein bis in die Gegend von Mannheim; aber auch bei Karlsruhe haben die Franzosen Fuß gefaßt und endlich ist die Strecke Appenweier-Offenburg in ihren Händen und damit eine unserer Hauptverbindungen nach Deutschland. Der Rhoneausgang und der Rheinausgang sind damit in den Händen der nämlichen Macht, und zurzeit haben wir einen nicht von Frankreich und Italien kontrollierten Ausgang bloß noch über die Gegenden am Bodensee. In welcher Lage werden wir uns aber befinden, wenn die Besetzung Süddeutschlands fortschritte, nach Freiburg und Lörrach, nach Waldshut und Singen und Stuttgart? Ist dies ein Ding der Unmöglichkeit? Und wenn Italien auf seinem Plan, sich an dem Nordfuß der Alpen, im Nordtirol festzusetzen, festhält, im Einverständnis mit Frankreich, und sich unsere französischen und italienischen Bundesbrüder an den Ufern des Bodensees die großen edlen Hände reichen? Das erscheint zurzeit immer noch unwahrscheinlich, aber innerhalb drei bis vier Tagen wäre es zu bewerkstelligen. Es ist auch keine bloße Phantasie, die Schweiz war auch schon völlig eingekesselt durch Frankreich und die Länder seiner Einflußsphäre, und was war, kann wieder werden. Wenn die gegenwärtige, die Besetzung des Ruhrgebietes zu Pfandzwecken bereits weit überschreitende militärische Aktion sich noch mehr ausdehnt, welche Folgen wird dies für Deutschland haben? Den Untergang? Welches Interesse hätten wir daran? Und wie wird sich dann das Schicksal der politischen Leiche Oesterreichs gestalten? Sind dann für Frankreich und Italien in ihrer Politik gegenüber der Schweiz noch irgendwelche Hemmungen vorhanden? Und ist dann nicht der Moment gekommen, wo über die Schweiz, die für die sog. natürlichen Grenzen Italiens und Frankreichs ein Hindernis sein soll, einfach hinweggeschritten wird? Und wenn Sie glauben, zum Rendez-vous am Bodensee komme es nicht, so scheint es mir, bereits die gegenwärtige Einschnürung sei genügend und lasse uns nicht mehr allzu viele freie Luft. Wir wollen überhaupt darüber gar nicht im Zweifel sein, daß wir ein vitales Interesse daran haben, daß Deutschland auch als politischer und kultureller Faktor zu existieren und sich wieder zu entwickeln vermag. In dieser Beziehung hängt aber viel davon ab, wie die gegenwärtige militärische Aktion verläuft; dabei ist das Entscheidende nicht, daß Frankreich, falls es diesen Handel gewinnt, seine Posten bei Offenburg und Mannheim einzieht; das Entscheidende ist, daß dann Deutschland komplett ruiniert ist und jedem Einfluß Frankreichs offen steht. Und ist dies der Fall, so sind wir doch eingekreist. Es ist daher nicht zu viel gesagt, wenn die These aufgestellt wird, daß die Unabhängigkeit der

Schweiz ein unabhängiges Deutschland voraussetzt. Sollte dies aber bestritten werden, so frage ich, wie es mit unserer Unabhängigkeit stehen wird, wenn der gegenwärtige Zustand 10, 20 und 30 Jahre lang gedauert hat? Und ohne ein lebendiges und kräftiges Deutschland ist auch Oesterreich nicht lebensfähig; was mit Oesterreich geschehen soll, wenn es nicht mit Deutschland vereinigt wird, ist überhaupt ein Problem, das damit nicht aus der Welt geschafft wird, daß man sich darüber keine Gedanken macht, sondern munter fortwurstelt. Und das wird auch nicht dadurch besser, daß der Völkerbunds-Kommissär Dr. Zimmermann Oesterreich nach den politischen Direktiven Frankreichs verwaltet.

Und nun die Frage: was sollen wir tun, wenn es noch schlimmer kommt, und was sollen wir tun, wenn es nicht besser wird. Zum vorneherein möchte ich mich dagegen wenden, daß etwa Hoffnungen gesetzt werden darauf, daß uns fremde Staaten um unserer schönen Augen willen unterstützen werden. Wenn ich gesagt habe, zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit sei ein lebensfähiges und gesundes, ja ein starkes Deutschland nötig, so bin ich gar nicht etwa der Meinung, daß ein jedes Mal, wenn uns von dritter Seite irgendwelche Unannehmlichkeiten bereitet wurden, der Erzengel Michael mit dem feurigen Schwerte dastehe und tue, was wir lieber nicht tun; sondern ich denke mir, daß natürliche oder wie man zu sagen pflegt, legitime Interessen Deutschlands auch von Dritten als vorhanden betrachtet wurden, und weil überhaupt im politischen Kampfe die allgemeinen reellen Machtverhältnisse vor allem gewürdigt und in Betracht gezogen werden. Bei aller formellen Neutralität bestehen eben natürliche Interessengemeinschaften und natürliche Gegnerschaften, die aber gar nicht immer die gleichen zu sein brauchen. Von dieser politischen Auffassung aus habe ich es sehr wohl verstanden, wenn besonders die französische Schweiz in den ersten Jahren des Krieges sich auf die Seite Frankreichs stellte, ein klarer und unzweideutiger Sieg Deutschlands über Frankreich hätte nicht bloß erhebliche politische Konsequenzen zuungunsten der Schweiz gehabt; er hätte im weiteren innerhalb der Schweiz die Romanen in ihrer Bedeutung herabgesetzt, und, was wohl von unseren Eidgenossen französischer Zunge am schmerzlichsten empfunden worden wäre, die romanische Kultur schwer geschädigt. Doch bemerke ich gleich, daß eine Niederwerfung Frankreichs wie die von Frankreich an Deutschland vollzogene mir objektiv, nämlich aus Gründen der geographischen Lage Frankreichs wie Deutschlands, als unmöglich erscheint, aber auch nicht als gewollt; ich sage dies aus Achtung unserer selbst, weil Deutsche und Deutschschweizer die nämliche geistige Kultur verbindet. Aber eben dieses Moment und die Verluste, die diese unsere Kultur bereits erlitten hat und ihr noch bevorstehen, sollte zum Nachdenken führen, sofern wir geneigt sind, unsere zwar eigenartige, aber in der deutschen wurzelnde Kultur aufrechtzuerhalten.

Von den anderen Staaten hat nun freilich Italien ein Interesse an uns als seinem Nachbar; es hat das Interesse, daß wir nicht vollständig unter französischen Einfluß gelangen. Insofern haben wir in der That Grund, uns mit Italien nicht zu verfeinden. Hieran denkt auch niemand in der Schweiz; allein wir kennen die nicht zu leugnenden Aspira-

tionen Italiens auf die Südschweiz, und dies ist der Grund, weshalb wir nicht überzeugt sind, in Italien für die nächsten Jahre, bis sich die Differenzen abgeklärt haben, einen Freund zu haben, der uns beistünde wegen Interessen, die wir als nicht ungerechtfertigte ansehen könnten.

Viele reden von der Freundschaft Englands für die Schweiz, und ich will sie nicht bestreiten, wiederum insofern, als England ein politisches Interesse weniger an der Schweiz selbst hat, als daran, daß die Macht Frankreichs oder eines anderen Staates auf dem Kontinent nicht allzu groß wird. England liebt es, Frankreich etwa eine Verlegenheit zu bereiten, und spuckt ihm daher gelegentlich in die Suppe. Aber ein vitales Interesse an uns besitzt England sicher nicht.

Die übrigen Staaten kommen für uns zurzeit nicht in Betracht; immerhin will ich darauf verweisen, daß zwischen 1798 und 1815 Rußland für uns sehr bedeutungsvoll war, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß dies wieder einmal so sein wird. Das wesentliche am gegenwärtigen Rußland ist für uns nicht der Bolschewismus, sondern die Tatsache, daß Rußland in das französische System sich nicht hat einbeziehen lassen. — Von Schweden oder Spanien usw. haben wir nichts zu erwarten als einige Zeitungsartikel, und noch weniger von den außereuropäischen Staaten; im umgekehrten Falle käme es uns ebenfalls sehr sonderbar vor, wenn wir uns für das entfernte Ausland ins Zeug legen müßten.

Bleibt noch der Völkerbund. Ich bezweifle, daß er in der Lage ist, uns zu helfen, oder wesentliches zu nützen, und enthalte mich in diesem Kapitel weiterer Meinungen.

* * *

Den Gefahren, in denen wir uns befinden, können wir uns nicht entziehen, das können auch die Großen nicht, wie der vergangene Krieg und seine im Zeichen des Völkerbundes stehende Fortsetzung sattjam beweisen. Aber wie können wir sie bestehen, damit wir am Ende der Wirren wieder sind, was wir waren? Ich bin nicht Pessimist in dem Sinne, daß ich nicht an die Zukunft Europas und insbesondere an die Zukunft der Schweiz als eines unabhängigen Staates glaube; aber es will mir scheinen, daß wir der Zeit entgegen gehen, in der wir uns anstrengen müssen, und bei weitem mehr als bisher. Wir sind, und das ist das Wesentliche, was wir mit dem Verstande erkennen und wonach wir uns einrichten und handeln müssen, auf unsere eigenen Kräfte angewiesen; wir sind auf uns selber gestellt. Und gerade dieses Bewußtsein, auf sich selber gestellt zu sein, sollte die männliche Kraft erheben, sollte uns mit tapferem Mute und der Zuversicht erfüllen, daß wir unsere Sache zu gutem Ende führen. Wir können sie aber nur zu gutem Ende führen, wenn wir die Gefahren klar erkennen; bei unserer Politik dürfen wir uns nicht leiten lassen von Sympathien und Antipathien, sondern allein von unserem Interesse, und darunter verstehe ich nicht die ökonomischen Interessen allein, und nicht einmal in erster Linie; sondern das einzige Interesse, was in Frage kommt, die Unabhängigkeit unseres Landes, aus dessen Geiste wir leben. Das muß nun auch in der französischen Schweiz verstanden werden,

daß zurzeit und wahrscheinlich sogar auf sehr lange Zeit hinaus eine Gefahr nicht von Deutschland kommt, und weiter, daß das deutschschweizerische Volk die Grundlagen seiner geistigen Kultur und seines inneren Wesens nicht verleugnen kann, ohne daß es Schaden erleide an seiner Seele, und daß es für uns um ganz andere, wesentlich tiefere Dinge geht als um unbestimmte Gefühle und persönliche Liebhabereien. Diese Einsicht scheint in der französischen Schweiz allmählich zu erwachen; erleuchtete Männer in Genf und anderswo in der romanischen Schweiz, auch im Tessin, haben sich, wohl nicht ohne daß es sie Mühe gekostet hätte, überzeugt, daß Frankreich an die Schweiz Ansprüche stellt, die, wenn sie erfüllt würden, für die Schweiz unheilvolle Folgen zeitigen könnten, und ich zweifle nicht, daß diese Erkenntnis sich vertiefen und weiter verbreiten wird. Dazu ist aber nötig, daß die deutsche Schweiz ihre Stimme lauter erhebt und nicht müde wird, auf die Gefahren zu weisen, die nach mehr als nur einer Richtung effektiv bestehen und eben insbesondere für uns Deutschschweizer; leider haben wir in der deutschen Schweiz noch allzu viele, die unsere Lage zu verschleiern, zu verdecken, zu verhehlen bestrebt sind, aus sehr deplazierter Angstlichkeit, oder wegen persönlichen ökonomischen Interessen, oder aus ganz gewöhnlicher Speichelleckerei den Franzosen gegenüber, wie wir sie noch ein jedes Mal, zur Freude der Franzosen und zu unserem Schaden, erlebt haben, wenn Frankreich oben auf war. Es handelt sich aber hier nicht um eine Rechthaberei, um einen Streit mit Worten, sondern es muß versucht werden, die politische Einheit in dem Sinne zu erkämpfen, daß ein jeder Schweizer die Art des Anderen versteht und für das Interesse des gesamten Vaterlandes eintritt. Bei einer Konferenz, die jüngst in Bern stattfand, hat Bundespräsident Scheurer zu Einigkeit zwischen Deutsch und Welsch dringend ermahnt für den Fall, daß die Schweiz schwere Entschlüsse zu fassen hätte. Es fehlt sicherlich nicht am dem Volke, auch nicht an unserer sonst so zur Zersplitterung neigenden deutschen Schweiz; das zeigt die Abstimmung über das Zonenabkommen vom 18. Februar 1923. Sie soll uns ein gutes Vorzeichen sein. Und es sollte namentlich von den offiziellen Führern unseres Volkes, insonderheit den Mitgliedern der Bundesversammlung beachtet und beherzigt werden; trotz aller inneren Differenzen ist es notwendig, aber auch möglich, eine einheitliche Front nach außen zu errichten, einen einheitlichen Willen zur nationalen Verteidigung zu bilden. Wir werden sehen, ob die Führer dies verstehen, oder ob sie dabei verharren, ihr Heil darin zu suchen, wie sie sich gegenseitig, womöglich noch mit Hilfe des Auslandes, das sich für ihm erwiesene Dienste erkenntlich zeigt, übervorteilen und für ihre besonderen Kreise etwas erlisten.

Und zur Einigkeit muß ein zweites Moment treten. Wir müssen uns, wenn nichts anderes übrig bleibt, mit den Waffen verteidigen, selbst wenn der Kampf wenig Aussichten auf schließlichen Erfolg bietet. Tun wir es nicht, so geben wir uns selbst auf, und die anderen halten unser Schicksal für gerecht. Aber auch ein mit den Waffen oder ein politisch unterlegenes Volk ist nicht wehrlos, wenn es innerlich gewappnet ist, wenn es den inneren Widerstand pflegt und stärkt, so daß der Andere sich jederzeit he-

wußt ist, daß er hier nichts Gutes zu erwarten hat, wenn die allgemeinen Verhältnisse sich ändern, daß er weiß, das Volk harret und hofft in allen seinen Teilen auf die Stunde der Befreiung und ist gewillt, sie tätig auszunützen. Der Untergang der alten Eidgenossenschaft und vor allem das Verhalten derer, die während der Zeit, da die Schweiz tatsächlich und von Rechts wegen französischer Vasallenstaat war, war nicht ruhmvoll; die Demokraten und hernach die von Frankreich wieder zu Gnaden angenommenen Aristokraten waren gleicherweise Tröpfe, zum mindesten in den Augen der Franzosen. Wenn wir dahin kommen, wo ich fürchte, daß wir anlangen könnten, so wird es sich zeigen, ob das Jahrhundert der Demokratie, das wir hinter uns haben, den Willen zur Unabhängigkeit und Freiheit nicht bloß erweckt, sondern derart gefestigt hat, daß er nicht mehr erschüttert werden kann. Mit anderen Worten: die Zeit, die vor uns liegt, möchte der Prüfstein sein für die Wahrheit des Grundgedankens unseres Staates: der Demokratie in ihrer eigentümlichen schweizerischen Gestaltung und ihrer unabhängigen Entwicklung. Wir bewahren unseren politischen Geist nur dadurch, daß wir an ihm festhalten und die Hoffnung niemals untergehen lassen.

Moderne Feudalherrschaft.

Von
Ernst Jenny.

Die Franzosen stehen seit Kriegsende Kraft des Erobererrechtes auf dem linken Rheinufer. Nun sind sie auch in das rechtsufrige Deutschland eingebrochen und haben sich im Ruhrgebiet und in Baden, Hessen usw. festgesetzt. Links des Rheins sitzen sie laut dem Versailler Vertrag, bei erzwungener Einwilligung der Deutschen, als Eroberer auf Zeit; dagegen sind ihre neuen Gebietsbesetzungen mit Anwendung offener Gewalt und entgegen den verzweifeltsten Protesten der Bevölkerung erfolgt. Links wie rechts des Rheins benehmen sie sich als Eroberer, einerlei auf Grund welcher „Rechtstitel“ sie ihre Heereszäulen haben einmarschieren lassen.

Daß sie auch als Eroberer empfunden werden, daß sie es sind und insbesondere daß sie sich als solche gebärden, kann nicht wundernehmen. Bisher hat noch jede dauernde Eroberung jene tiefe Klust zur Folge gehabt, die sich aus der Ueberlagerung einer machtpolitisch bevorrechteten und wirtschaftlich begünstigten Herrenschicht über einer ökonomisch benachteiligten und durch Machtmittel niedergehaltenen Bevölkerung ergibt. Eine solche Ueberlagerung einer Volksmasse durch eine andere Klasse stellt nun das vor, was man gemeinhin als „Feudalherrschaft“ zu bezeichnen pflegt, mit deren berüchtigten Auswüchsen. Stets gingen dabei zwei Dinge Hand in Hand: politische Entrechtung mittelst Vergewaltigung, und ökonomische Ausbeutung. Dies gilt u. a. auch von der Urschweiz.